

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

275 (2.12.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „**Blätter für den Familienkreis**“.

Anzeigen: Die sechspaltige Reklame oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Redaktion: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wabli in Karlsruhe.

Lügenhafte Mache

belehrt von Th. Wacker.

Es hat mich viele Ueberwindung gekostet, die nachfolgenden Feststellungen und Erörterungen wiederzugeben. Sie sollen eine Mache beleuchten, an welche ich nicht denken kann, ohne daß sich mir immer und immer wieder ein Gefühl des Efels und der Verachtung aufdrängt: ja des Efels und der Verachtung. Seit vielen Jahren bin ich an den Arbeiten und Kämpfen des öffentlichen Lebens beteiligt. Immer hat es mich am meisten abgetrieben und mit Entrüstung erfüllt, wenn ich gegen offene Unehrllichkeit und Lüge zu kämpfen hatte. Und diesen unangenehmen aller politischen Kämpfe zu führen, ist mir reichlich beschieden gewesen. Politische Unehrllichkeit und Lüge spielt eine unheimlich große Rolle. Diese äußert sich in häßlichen Dingen, die die Hauptmasse, mit welcher Nationalliberalismus und Sozialdemokratie das Zentrum bekämpfen. Das zeigt sich besonders grell in der Mache, die in den folgenden Ausführungen beleuchtet werden soll. In derselben zeigt sich aber noch etwas anderes, was sie besonders häßlich macht und verächtlich. Die nationalliberale Parteileitung in Baden scheint gerade in ihren herbeizugewandten Mitgliedern im Punkte der Wahrheit und Wahrhaftigkeit mit einer bedenklichen Schwäche erblidlich belastet zu sein. Die Nationalliberale Presse nicht weniger. Von der Sozialdemokratie braucht man gar nicht zu reden. Namentlich bei dieser letzteren ist es nun aber geradezu System, die eigene politische Lasterhaftigkeit dem Gegner aufzubürden, um sich dann weiß Gott wie über das zu entrüsten, was tatsächlich nur sie selber an sich haben und betreiben.

So freibt es im vorliegenden Falle ein Teil der nationalliberalen Presse um die Wette mit der sozialdemokratischen auf meine Kosten: am tollsten der „Volkstreu“. Einzelne Stellen meiner Karlsruhe-Mache am 18. November scheinen etwas schwerer verurteilt zu haben. Und nun haben sie einen förmlichen Feldzug unternommen, den ich nur als Feldzug der Lüge charakterisieren kann. Sie haben sich den Ansehen gegeben, als könnten sie mir nachweisen und zwar auf Grund eigener Reden und Taten aus früherer Zeit, daß es nicht wahr sei, was ich in meiner Karlsruhe-Mache hinsichtlich meiner Stellungnahme zur Sammlungs-Politik wider die Sozialdemokratie sagte; daß ich vielmehr gerade das, was ich jetzt an den Nationalliberalen so scharf verurteile, selbst getan hätte. Niemand im Lande habe der Sozialdemokratie so vielen Vorwurf geleistet, wie gerade ich. Demnach habe ich noch ein zweites politisches Verbrechen auf dem Gewissen:

Vor einigen Tagen wurde mir nachgesagt, daß ich für die Nationalliberalen das Hindernis sei, die Sammlungs-Politik wider die Sozialdemokratie mitzumachen.

Zu diesem einen politischen Verbrechen ist nunmehr das zweite gekommen oder vielmehr ans Tageslicht gekommen:

Ich habe auch mit der Sozialdemokratie angehandelt und ihr zum Emporkommen verholten.

So bin ich also „entlarvt“.

Zu meinem Unglück werden eine ziemlich lange Reihe von „Tatfachen“ und Zitaten aus Reden und Schriften vorgeführt, die gegen mich zeugen sollen. Das Ganze ist:

„Herrn Wacker und vor allem denen gewidmet, welche die Ausführungen seiner Karlsruhe-Mache für bare Münze halten.“

Damit jedermann merkt, um was es sich eigentlich handelt, wird als „Motto“ vorangestellt:

„Ich war jederzeit zu haben für den Kampf gegen die Sozialdemokratie, auch Arm in Arm mit den Nationalliberalen...“ (Wacker in Karlsruhe am 18. November 1910.)

Das soll also widerlegt werden.

Am leichteren Arbeit zu haben, wird der Kreis der Zeugen ausgedehnt, wie die Ueberschrift besagt:

„Eine Zusammenstellung bis zu den Landtagswahlen 1909 zur Veranschaulichung der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch das Zentrum.“

Wie steht es mit den Beweisen?

Schon das „Motto“ ist eine Fälschung. Die mir dort nachgesagten Worte habe ich ge-prochen, aber nicht diese allein. Wenn nur diese allein zitiert werden, so wird etwas ganz anderes mir nachgesagt, als was ich in Wirklichkeit gesagt habe. Ich stellte fest, daß das Zentrum für die Politik der Sammlung wider die Sozialdemokratie eintritt und nicht fort:

„Man will mir nun vorwerfen, mir persönlich, das sei etwas ganz anderes als was ich früher proklamiert habe. Früher wäre ich für das Gegenteil gewesen. Das ist nicht wahr. Ich war jederzeit zu haben für den Kampf gegen die Sozialdemokratie, auch Arm in Arm mit den Nationalliberalen, aber niemals für einen ge-

meinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Förderung der nationalliberalen Geschäfte. (Sehr richtig!) Das ist der große Unterschied! Schon vor Jahren habe ich gesagt: In den umstrittenen Wahlkreisen, welche die Sozialdemokratie antritt und inaktivitäten gewonnen hat, in den umstrittenen Wahlkreisen Kandidaten, die weder dem einen noch dem anderen Lager angehören, so daß weder die eine noch die andere Partei — für das Zentrum habe ich nie einen Parteigewinn beansprucht — eine Förderung als Parteigewinn davongetragen hätte, sondern nur eine Förderung der allgemeinen Interessen! Niemand war die nationalliberale Partei für eine solche Sammlungs-Politik zu haben. Jederzeit haben sie uns zumuten wollen, während sie uns mit Füßen traten, daß wir ihnen aus ihrer Mandatsarmut herauszuhelfen sollten. Nur das habe ich früher abgelehnt und lehne es auch heute ab, die Geschäfte der nationalliberalen Partei zu fördern, ihr von neuem dazu zu verhelfen, daß sie eine größere Macht, vor allem auf Kosten des Zentrums, wird. Das ist meine Sammlungs-Politik von eheben und von heute.“

Zum allermindesten mußte der ganze Satz zitiert werden, von dem das „Motto“ nur ein Teil ist, und zwar ein unvollständiger, während der ungedruckte Teil, der noch dazu mit „aber“ beginnt, die notwendige Ergänzung bildet. Die Nationalliberalen haben auf ihrem Parteitag in Offenburg für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen sich ausgesprochen, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Sie haben auch davon gesprochen, daß dieselben Hilfe von der Sozialdemokratie zu erwarten hätten, dabei aber bemerkt, daß sie solche nicht zu erwarten hätten, wenn sie nicht mit ihnen (den Nationalliberalen) sich verständigen würden. Was wäre nun davon zu halten und wie würden Nationalliberalen wie auch Sozialdemokraten es aufnehmen, wenn etwa die Nationalliberalen später sich darauf berufen wollten, daß ihnen ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit ihnen in Aussicht gestellt worden sei, wie auch die Unterstützung der Sozialdemokratie, von der dann geknüpften Bedingungen oder Voraussetzungen aber nichts wissen wollten?

Mit der Stellung der Frage ist auch die Antwort schon gegeben.

Genaß so verhält es sich mit dem hier ins Treffen geführten „Motto“.

Eine solche Art, Zitate als Zeugen aufzuführen zu lassen, bezeichne ich als

Unehrllichkeit und Fälschung.

Will jemand die entgegengesetzte Ansicht vertreten und verteidigen?

Die Frage wäre also die:

Habe ich jemals in Wort und Schrift oder auch in der Tat in Sachen der Sammlungs-Politik einen anderen Standpunkt vertreten als den, daß wir vom Zentrum gerne gemeinsam mit anderen Parteien die Sozialdemokratie bekämpfen, auch gemeinsam mit den Nationalliberalen, aber niemals zur Förderung der natl. Partei-Interessen?

Nach dem gefälschten Zitat wird dann zu allererst behauptet:

„Das Aufkommen von Zentrums-Wählern zu Gunsten der Sozialdemokratie begann bei den Reichstagswahlen 1890 in Mannheim, wodurch der nationalliberale Kandidat zu Fall gebracht wurde.“

Das Aufkommen von Zentrums-Wählern zu Gunsten der Sozialdemokratie ist niemals auch nur gerahmt, geschweige denn angedeutet oder getan worden. Die hier neuerdings angeführte Behauptung ist absolut un- wahr. Da ihr schon häufig entgegengetreten wurde, kann man sie nur als

Zweck-Lüge

bezeichnen.

Ehrliche und anständige Gegner kommen nicht immer und immer wieder damit, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, einen Beweis dafür anzutreten.

Was besagen nun die Mannheim-Stimmziffern von 1890?

Das Zentrum hat bekanntlich gleich im ersten Anlauf für den demokratischen Kandidaten gestimmt. Bei einer Beteiligung von 83,1 Prozent wurden 26 290 gültige Stimmen abgegeben, von welchen erhielten:

nationalliberaler Kandidat	9872
sozialdemokratischer	8701
demokratischer	7705

Daneben waren noch 12 Stimmen zerplittert. Für die Stichwahl hatten die demokratischen Wähler die Parole, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; die Zentrums-Wähler sollten sich enthalten. Der erstritten mögen es 4060, der letzteren 3640 gewesen sein.

Zweifellos haben beide Stichwahl-Lager noch Referenzen herangezogen: die Nationalliberalen etwas mehr als die Sozialdemokraten. Wenn man annimmt, daß in den beiden Stichwahl-Lagern die Beteiligung sich auf 90 Prozent anhebt, so würde sich für den nationalliberalen Kandidaten ein Stimmenzuwachs durch eigene Referenzen von 880, für den sozialdemokratischen Kandidaten ein solcher von 730

Stimmen ergeben. Dies angenommen hätte bei genauer Befolgung der Parole

der nationalliberale Kandidat (9872+890) = 10 762 der sozialdemokratische (8701+730+4060) = 13 491 Stimmen erhalten müssen, der letztere also eine Mehrheit von 2789.

In Wirklichkeit aber hat der nationalliberale Stichwahlkandidat 12 094 der sozialdemokratische 14 550 Stimmen erhalten.

Es haben sonach beide Stichwahlkandidaten entgegen der Parole Zentrumsstimmen erhalten, der nationalliberale einige Hunderte mehr als der sozialdemokratische.

Zufolge dessen ist die Mehrheit des sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten um etwas über 300 Stimmen kleiner geworden, als sie sonst geworden wäre.

Widerlege man diese Zahlensprache, wenn man kann!

Vermag man es nicht, so sei man so ehrlich, die Wahrheit anerkennen, und höre endlich auf, die alten Lügen immer aufs neue zu bringen!

(Wir empfehlen diese Ausführungen der gesamten Zentrums-Presse in Baden zum Abdruck, damit der geradezu schamlose Selbstbuzug, der von der ganzen nationalliberalen Presse systematisch geführt wird, allüberall in die richtige Beleuchtung kommt. Die Nationalliberalen müssen sehen, daß es ihnen nicht möglich ist, das Zentrum totzuliegen, nachdem sie wissen, daß mit der Wahrheit gegen das Zentrum nicht aufzukommen ist. D. K.)

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember 1910.

Der kaiserliche Handwerker- und Gewerbebund hat folgenden Aufruf an die Korporationen des selbständigen gewerblichen Mittelstandes erlassen: „Aus den Kreisen des selbständigen kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes wird mit Recht häufig der Vorwurf erhoben, daß es zu wenig geordnete gibt, die aus eigener Erfahrung bei der Beratung der unser wirtschaftliches Leben so tief berührenden Fragen in den Parlamenten mitwirken können. Einsichtige Männer behaupten, daß darin eine Hauptursache für die gesetzgeberische Vernachlässigung des Mittelstandes liege. Nicht mit Unrecht. Wie könnte dem nun für die Folge abgeholfen werden? Die Wahlen zum deutschen Reichstage stehen bevor, und da gilt es rasch zu handeln, um bei den Parteien gehört zu werden. Früher waren nur wenige Männer aus dem Mittelstande in der Lage, ein Reichstagsmandat, dessen Ausübung hohe Kosten verursachte, zu übernehmen; seit Diäten bezahlt werden, ist das eher möglich geworden. Unrecht wäre es nun gewesen, die Männer, welche jahrelang schwere Opfer durch Ausübung ihres Reichstagsmandates gebracht haben, wenn sie sonst entsprechen, einfach beiseite zu legen; unrecht wäre es auch, jene Männer aus anderen Verufen, insbesondere auch akademisch gebildeten Kreisen, welche bisher schon mit Eifer und Verständnis für die Interessen des Mittelstandes eingetreten sind, einfach deshalb abzulehnen, weil sie nicht dem Mittelstande angehören. Bei jeder Wahl werden aber regelmäßig eine ganze Reihe von Abgeordneten durch neue Kräfte ersetzt, in manchen Wahlkreisen drängen sich bei solchen Wahlen Streber vor, welche das Zeug zum Berufspolitiker in sich fühlen, oder Leute, die dabei persönliche Sonderinteressen verfolgen. Auch die kommenden Wahlen zum Reichstage werden solche Kandidaten bringen. Da gilt es auch für den selbständigen Mittelstand, geeignete Kandidaten aus seinen Reihen den einzelnen Parteien zur Wahl zu benennen und deren Vertretung bei der Aufstellung zu verlangen. Kurzzeit werden schon in vielen Wahlkreisen die Kandidaten aufgestellt. Wenn die gewerblichen Korporationen nicht schon jetzt mit dieser Forderung an die Parteien herantreten, so ist später eine Vertretung solcher Kandidaten bezw. jeder Erfolg ausgeschlossen. Die Gesamtvorstandschäft des bayerischen Handwerker- und Gewerbebundes hat sich in ihrer am 13. November d. J. in Nürnberg abgehaltenen Sitzung mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen auf Antrag des Herrn Reichstagsabg. Zyl einstimmig folgende Richtlinien aufgestellt: 1. In jedem Reichstagswahlkreise oder wenigstens in denen, in welchen es notwendig erscheint, benimmt sich der an Lebensalter älteste Vorsteher einer gewerblichen Korporation mit den sonstigen Korporationen im Wahlbezirk oder mit sonstigen geeigneten erscheinenden Angehörigen des kaufmännischen oder gewerblichen Mittelstandes und beruft gemeinschaftlich mit diesen eine Versammlung ein, zu welcher sämtliche Vorstandsmitglieder der sämtlichen gewerblichen Vereinigungen (Zunungen, Gewerbevereine,

Ortsgruppen von Arbeitgeberverbänden oder Mittelstandsvereinigungen, kaufmännische Vereine usw.) des betreffenden Wahlkreises eingeladen werden.

2. Kommt die einberufene Versammlung zustande, so eröffnet der Einberufer die Versammlung und bittet durch Zuruf einen Ausschuss von 5 Mann zu wählen, in großen Versammlungen eventuell 7. Der als Vorsitzende Gewählte leitet die Versammlung. Die Herren bestimmen dann unter sich einen 2. Vorsitzenden und 2 Protokollführer. 3. Ein geeigneter Mann, womöglich aus dem Gewerbebetriebe selbst, gleichviel ob er einer politischen Partei oder welcher bürgerlichen Partei derselbe angehört, legt den Anwesenden in objektiver Weise den Zweck der Zusammenkunft auseinander. Angriffe auf das Programm einer bürgerlichen Partei sollte der Vorsitzende, gleichviel ob dieselben vom Referenten oder von einem Diskussionsredner erhoben werden, sofort unterdrücken. 4. Nach sachdienlicher Aussprache sollen Vorschläge gemacht werden, in welchen Wahlkreisen die Wahl von Kandidaten des gewerblichen Mittelstandes aussichtsvoll ist und welche Männer allenfalls geeignet und gewillt wären, ein Abgeordnetenmandat zu übernehmen. Die Frage der Parteizugehörigkeit soll dabei nicht zum Ausdruck kommen, es soll aber beachtet werden, wer schließlich als Kandidat die meiste Aussicht hat, gewählt zu werden. 5. Erklärte Sozialdemokraten werden natürlich prinzipiell nicht vorgeschlagen. 6. Männer, die schon ein öffentliches Ehrenamt bekleiden, aber deren ganzes bisheriges Verhalten eine erfolgreiche Tätigkeit nicht erwarten läßt, sollen nicht vorgeschlagen werden. 7. Männer, die schon ein Landtagsmandat haben, sollen in der Regel für die Reichstagswahl nicht vorgeschlagen werden. 8. Die Namen der vorgeschlagenen Herren werden zusammengestellt und von dem gewählten Ausschuss den in Betracht kommenden Parteivorständen mit dem Ersuchen übermittelt, bei der Kandidatenaufstellung darauf Rücksicht zu nehmen. 9. Den Parteivorständen ist dabei mitzuteilen, daß auf diese Rücksichtnahme in dem bezeichneten Wahlkreise der größte Wert gelegt wird und eventuell einer solchen Partei, die in gar keinem der sogenannten sicheren Wahlkreise Kandidaten aus dem selbständigen Mittelstande aufstellt, jedwede Unterstützung bei der Wahl von den Angehörigen des Mittelstandes verweigert wird. 10. In einer weiteren Agitation der einzelnen Parteien sollen sich die gewerblichen Korporationen als solche nicht beteiligen. Dieser Vorschlag richtet sich gegen den Gaujahrbuch, der sich als Vertreter des Mittelstandes einführen wollte. Nunmehr nimmt der Mittelstand seine politische Vertretung selbst in die Hand. Im Zentrum sitzen am meisten Vertreter des selbständigen Mittelstandes, sowohl Handwerker wie Kaufleute. Hoffentlich wird es im neuen Reichstage auch in anderen Parteien hierin besser werden.

11. Die neue Militärvorlage ist nunmehr dem Reichstage zugegangen und entspricht in allen Teilen den schon bekannt gewordenen Angaben. Sie bringt eine Vermehrung von 18 875 Mann und entspricht dadurch ungefähr der letzten Vorlage. Wenn sie nicht so viel Geld kostet, so liegt dies daran, daß keine Vermehrung der Kavallerie, der sehr teuren Waffe, verlangt wird. An der Friedensstärke von 515 321 Mann sind beteiligt: Preußen, einschließlich der unter preussischer Militärverwaltung stehenden Kontingente, mit 399 260, Bayern mit 57 133, Sachsen mit 38 911 und Württemberg mit 20 251 Gemeinen, Offizieren und Obergefreiten. Hierzu würden noch die Offiziere, Sanitäts-Offiziere, Einjährig-Freiwilligen und Beamten hinzuzuzählen sein, wenn man die Gesamtfriedensstärke des deutschen Heeres ermitteln will, denn diese sind im Gelebe nicht festgelegt. An neuen Formalien werden gebildet in 5 Jahren: 1 Bataillon Infanterie, 18 Batterien Feldartillerie, 4 Bataillone Fußartillerie, 1 Kompanie Pioniere, 4 Kompanien Eisenbahntruppen, 3 Kompanien Luftschifftruppen, 1 Bataillon Telephontruppen, 1 Bataillon Kraftfahrtruppen, 18 Kompanien Train, so daß am 31. März 1916 folgende Formalien vorhanden sein sollen: bei der Infanterie 684 Bataillone, bei der Kavallerie 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie 592 Batterien, bei der Fußartillerie 49 Bataillone, bei den Pionieren 29 Bataillone, bei den Verkehrstruppen 17 Bataillone, bei dem Train 23 Bataillone. Bei den Vermehrungen ist am teuersten die Artillerie wegen Pferde- und Karrenbeschaffung. Die gesamte Vorlage kostet: An fortdauernden Ausgaben 21 313 079 Mark, wovon 3 727 441 Mark im Jahre 1911 für die mit dem Heeresetat bereits bekannt gewordenen Neuformationen usw., der Rest in den Jahren 1912 bis 1917 angefordert werden sollen; an einmaligen Ausgaben 82 066 249 Mark, wovon 41 770 056 Mark im Jahre 1911, der Rest in den Jahren 1912 bis 1915 angefordert werden sollen. Von diesem Mehrbedarf fallen auf Bayern 2 394 000 Mark an fortdauernden und 9 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben. Bayern hat als Hauptaufgabe in der Feldartillerie 6 neue Batterien zu stellen, da es bisher in jedem

Regiment nur 5 Batterien statt 6 besitzt. Die Vorlage enthält dann noch kleinere innere organisatorische Änderungen. Jede Infanteriedivision wird mit einer Maschinengewehrkompanie ausgestattet werden. Die Vorlage dürfte erst im Januar zur Beratung in der Budgetkommission gestellt werden.

Die erste Kolonialanleihe wurde für das Rechnungsjahr 1908 in Höhe von 33,3 Mill. Mark bewilligt; hieron wurden im Juli 1908: 30 Mill. Mark und im Dezember ca. 3 Mill. Mark begeben. Der größte Teil des Erlöses diente zum Ankauf von Anteilscheinen der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, der Rest wurde zu Eisenbahnbauten verwendet. Durch den Etat für 1909 sind insgesamt 26,7 Mill. Mark Kolonialanleihen bewilligt worden; hieron waren bestimmt 1,8 Mill. Mark für die Fortführung der Uambara-Eisenbahn, 15 Mill. Mark als Darlehen an die Ostafrikanische Eisenbahn zum Weiterbau. Ferner erhielt für Eisenbahnbauten um die Schutzgebiete Kamerun 5 Mill. Mark und Togo 4,2 Mill. Mark. Die Anleihen für 1909 wurden in 3 Teile begeben: im Juni 1909: 14 Mill. Mark, im Oktober 4 Mill. Mark und im Dezember 8,1 Mill. Mark. Für das Jahr 1910 war ein Betrag von 31 634 723 Mark bewilligt worden. Da nun aus den Krediten des Vorjahres noch größere Beträge offen waren, so wurden im Jahre 1910 33,3 Mill. Mark Kolonialanleihen begeben. In dieser Anleihe sind zum erstenmal auch größere Beträge für Südwestafrika enthalten und zwar sind ca. 9 Mill. Mark für Eisenbahnbauten wie Umbau der Strecke Karibib-Windhof, Neubau der Nord-Süd- und Teilzahlung für die Dabibbahn vorgesehen. Insgesamt ergeben die Beträge, die seit der Vera Dernburg für Kolonialanleihen ausgegeben worden sind, folgendes Bild:

	In Mill. Mark.
1908	nom. 38 775 Mk.
1909	„ 26 100 Mk.
1910	„ 33 300 Mk.

Zusammen nom. 98 175 Mk.
Unter Berücksichtigung des Erlöses aus den Anleihen rechnet das „Berl. Tagebl.“ mit einem offenen Kredit von ca. 250 000 Mark. Dieser wird erst bei Begebung der nächsten Kolonialanleihe, für die, wie bereits an anderer Stelle mitgeteilt, eine Summe von 39 Mill. Mark angefordert wird, realisiert werden.

Ein netter Vereinfachung der „Täglichen Rundschau“. Die „Tägliche Rundschau“ stellt sich entsetzt darüber, daß Professor Dr. Spahn nicht in die Zentrumsfraktion aufgenommen worden ist und die ganze Frage noch schwebt, was sie aber von Haut und Haar nicht anseht. Sie spricht dabei von einem „Bater Decurtius“. Professor Decurtius mit Frau und Kindern werden in Freiburg herzlich lachen ob dieses Neinsalles eines Blattes, das sich immer anmaßender in katholische Verhältnisse einmischt.

Die Verlegung für den Staatssekretär Dernburg soll jetzt gefunden sein. Die „Münch. Ztg.“ läßt sich aus Berlin berichten, daß Verhandlungen im Gange sind, wonach der frühere Staatssekretär Bernhard Dernburg die Zeitung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft übernehmen soll. Man glaubt, daß die Verhandlungen nach der unmittelbar bevorstehenden Rückkehr Dernburgs zum Abschluß gebracht werden dürften. Die „Tägliche Rundschau“ findet, daß über den Staatssekretär während seiner Abwesenheit etwas reichlich und mannigfaltig disponiert wird. Alles auf einmal kann er doch auch nicht machen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Genossen gegen die Fleischsteuerung ansagen, erzählt die Wiener „Reichspost“ (Nr. 327) folgendermaßen:

Die sozialdemokratischen Führer, die allezeit vom politischen Hunger geplagt werden, haben bekanntlich die sozialdemokratischen Organisationen am Vorabend der Parlamentsveröffnung auf dem Rathause aufmarschieren lassen, um hier die Steuerung zwar nicht abzuschaffen, aber immerhin gegen sie zu demonstrieren. Da den vorerwähnten Veranstaltern der Kundgebung der Aufenthalt unter freiem Himmel vor dem Rathause, wohin man die Zubörer beordert hatte, wegen des winterlichen „Gundemetters“ nicht behagte, ließen sie sich im

erhofflichen Restaurant „Kaiserhof“ neben dem Rathause nieder — die Führer können sich's ja leisten! — und eröffneten hier bei Wein und Bratenspeisen die Steuerungsverammlung, die die „genügsamen“ Proletarier draußen bei Schnee und Regen zu sehen, zu hören und zu riechen durften. Der Redner wird von seinem Herrn, wenn dieser bei Tisch ist, rücksichtslos behandelt, als die sozialdemokratischen Führer mit den Geführten umsprangen. Am nächsten Tage aber war im sozialdemokratischen Organe zu lesen, daß man, da die Volkshalle übergeben war, „sich bescheiden mußte, in das Restaurant „Kaiserhof“ die Versammlung einzuberufen“. Sie mühten „sich bescheiden“, die armen Genossenführer, mit dem vornehmsten Restaurant des Rathausviertels vorlieb zu nehmen. Eine schwere Prüfung für sie — nach den lustlichen „Genossen“ von Kopenhagen. Nachdem aber, so berichtete das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei weiter, Referent Genosse Forstner erklärt hatte, daß es „wegen des beschränkten Raumes (im „Kaiserhof“) nicht möglich sei, die Versammlung abzuhalten“, mußte die „Genossen“ ihre Fortsetzung finden“. Versteht sich: nachdem sich die Obergerichte hinsichtlich gestirrt hatten. Da also die Steuerungsverammlung nicht in Form von Tischreden und Trinkschüssen abgehalten werden konnte, freute die Obergerichte das ganze Demonstrieren nicht mehr und statt der paar Dutzend angekündigten Redner traten ganze 11 Mann auf den Plan, die ihre Sprüche rasch herleseten. Ist die Wei der Waisen je blutiger verhöhnt worden? Doch es den Proletariern aus ganz andern Gründen, als wegen des „beschränkten Raumes“ nicht möglich war, ihren Führer in den „Kaiserhof“ zu folgen und die Steuerungsverammlung hier abzuhalten, das fällt den satten Genossen des sozialdemokratischen Zentralorgans gar nicht ein. So wenig wissen sie von der wirklichen Not des Volkes, von der sie, wenn sie den Mund nicht von andern Dingen voll haben, so gerne reden. Aber das schmeckt ihnen die rührende Erzählung, die Genossenführer hätten sich „bescheiden“ müssen, die Versammlung in den „Kaiserhof“ einzuberufen, als der Besitzer des Restaurants von diesen Absichten der Genossenführer gar nichts wußte. Der Restaurantier wieder erziehen nämlich heute bei den christlich-sozialen Abgeordneten und teilte ihnen mit, daß er an der Veranstaltung der sozialdemokratischen Versammlung in seinem Lokale völlig unbeteiligt sei, von derselben in keiner Weise verständigt und daher völlig überrascht worden war. Er gebe sein Lokal nicht für sozialdemokratische Versammlungen her, weil diese seinem Kundenkreis nicht entsprechen. Da sich der Schwind mit dem „Kaiserhof“ nach diesen Feststellungen des Herrn wieder schwerlich ein zweitesmal wiederholen läßt, werden die Genossenführer die nächste Steuerungsverammlung wohl auf den Platz vor dem Rathause abhalten, weil sie dann von den allerdings noch beschränkteren Räumen des Hotel Sacher aus die Obergerichte an die Proletariatsmassen ansagen und der Steuerung in Wort und Wert den Garaus machen können.

Zur Bankfrage. Der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Privilegiums der österreichischen ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages ist den Abgeordnetenrätern in Wien und Budapest vorgelegt worden. Das Bankprivilegium soll bis Ende 1917 erstreckt werden. Bezüglich der Aufnahme der Darstellungen wird der Bank die Berechtigung eingeräumt, zu einem nach ihrer Ansicht geeigneten Zeitpunkt bei beiden Regierungen die Aufnahme der Darstellungen zu beantragen. Ist das Einvernehmen über einen solchen Antrag hergestellt, so haben beide Regierungen in den legislativen Verhandlungen gleichlautende Vorlagen betr. die Aufnahme der Darstellungen einzubringen. Die Ablehnung nur eines der beiden Käufer hat die Verzögerung der Genehmigung zur Folge. Wenn jedoch innerhalb 4 Wochen vom Zeitpunkt der Einbringung an von einer der gesetzgebenden Körperschaften kein Beschluß gefaßt worden ist, so gilt der Antrag als genehmigt. Die auf die Regulierung des österreichisch-ungarischen Bank, die sie seit Jahren entfallen, wird zur gesetzlichen Einrichtung umgewandelt werden.

Italien.

Senator Pelloux und die Schmäherde Nathans. Der Senator Pelloux, der als General 1870 die Breiche in die Porta Pia geschossen, also nicht im Verdacht steht, ein „Merikaler“ zu sein, hat unmittelbar nach der Rede Nathans im Senat eine Interpellation eingebracht. Da nunmehr aber die Kammer vor dem Senat einberufen wurde, veröffentlicht Pelloux seine Interpellation, um ihren Wert nicht abschwächen zu lassen. Wie wir dem „Erf.“ entnehmen, wirft Pelloux der Regierung vor, das Garantiegesez verlegt und sich zum Komplizen Nathans gemacht zu haben. Die Regierung hat ferner die Versprechungen nicht gehalten, welche Viktor Emanuel II. und das Parlament unmittelbar nach dem Einzug der Italiener in Rom der katholischen Welt gegeben hatten. Bierzig Jahre hindurch konnte die Welt sehen (P), wie frei der Papst in Rom sei; jogar bei drei wichtigen Gelegenheiten: beim Jubiläumsjahr und bei zwei Konklaven. Und nun muß der Bürgermeister kommen und den Frieden stören! „Wie konnte die Regierung“, so schreibt Pelloux, „dem Bürgermeister gestatten, in Mißbrauch seiner amtlichen Stellung die Verachtung der Staatsreligion zu predigen? Die Person des Papstes zu beleidigen? Das alles ist geradezu enorm! Gewiß erlaubt das Garantiegesez die freie Diskussion religiöser Dinge; aber kann man es (wie die Antiklerikalen es tun) freie Diskussion nennen, wenn der Herr Nathans seine Dogmen und seine antiklerikalen Theorien in einer so autoritativen und absoluten Form verkündet? Andere sagen: der Papst hat jogar gewagt, von erlittener Gewalt zu schreiben; sich als Präsident aufzuspielen und zu behaupten, man habe den Kirchenstaat mit Gewalt zerstört!... Wer wird den Mut haben, zu sagen, daß wir bei der Breiche der Porta Pia keine Gewalt angewendet hätten? Es war Gewalt zum Besten des Vaterlandes, aber es war immerhin Gewalt! Wenn jetzt, nach vierzig Jahren, zum erstenmale ein solcher Protestruf aus dem Vatikan erschallt, wer trägt die Schuld daran, wenn nicht diejenigen, die den Vatikan probozierten? Meine Aufgabe ist es, zu verhindern, daß die vor der Tür stehenden Reichsjubiläumstage nicht in eine große (von den Antiklerikalen geplante) Manifestation der Sektierer ansarten.“

Schließlich warnt Pelloux die Regierung vor ihren „gefährlichen Freunden“; diese umgarnen die Regierung und korbunkeln sie im Innern wie im Auslande. Das Ausland machen sie glauben, Italien könne seinen 1870 übernommenen Pflichten nicht mehr nachkommen. Es gibt nur ein Mittel: die Regierung muß sich selbst von diesen gefährlichen Freunden befreien... Pelloux verlangt vom Ministerpräsidenten zu erfahren, ob die Regierung wirklich stark und kräftig sei und wirklich die nötige Würde und Autorität besitze, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Im übrigen verlangt Pelloux eine freie Kirche im freien Staat.

Italiens ähner Politik. Der „Matin“ meldet aus Rom: Gelegentlich der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern in der Kammer hielt der Minister Brunetti eine Rede, worin er die österreichische Politik sehr lobte. Er erklärte, er habe die österreichische Politik zu Unrecht angefaßt, sich Italien gegenüber nicht entgegenkommend genug gezeigt zu haben. Redner erinnerte z. B. daran, daß anlässlich einer Festsetzung eines katholischen Kongresses die österreichische Regierung nicht verfehle, Stellung gegen gewisse Elemente des Reichsrates zu nehmen. Der Minister fügte hinzu, er hoffe, daß die Allianz mit Österreich ein Volks-Vindnis werde. Hierzu bedürfte es zweier Dinge: Erstens müsse Kaiser Franz Josef den lange erpöckten Besuch in Rom machen, und andererseits müsse den Italienern, welche die österreichischen Provinzen bewohnen, Genugthuung gegeben werden. Redner führte weiter aus, wenn diese beiden Dinge erfüllt würden, so würde der Dreikönig ein unzerstörbares Werk werden. Ein anderer Redner, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Martinio, machte eine durchsichtige Anspielung auf den Einfluß, welchen der französische Vorkämpfer auf die italienische Politik ausübe. Er erklärte, die Leitung der italienischen Politik werde augenblicklich in Paris betrieben. Die beiden Reden haben in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt und bilden den Gegenstand weitgehender Kommentare. — Der Besuch Kaiser Franz Josefs in Rom muß ein frommer Wunsch der Italiener bleiben, umso mehr, als die italienische Regierung die Verschöpfung des Papstes und der Katholiken durch Nathans unbeanstandet hingenommen hat und wie neuerdings aus dem offenen Briefe Pelloux hervorgeht, für das Jahr 1911 ein Sturm auf das Garantiegesez geplant war. Vor wenigen Tagen fand in Rom eine jüdisch-freimaurerisch-republikanisch-irredentistische Versammlung statt, auf welcher Nathans, der dort wiederum eine Rede hielt, mit dem Rufe begrüßt wurde:

„Nieder mit dem Papst!“ So lange in Rom solche Fregeleien von offizieller Seite protegiert werden, ist es geradezu eine Annahm, zu verlangen, Kaiser Franz Josef solle nach Rom kommen!

Zur Wahlreform. Ministerpräsident Priond erklärte im Wahlreformauschuß der Kammer, daß er den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf aufrecht erhalten wolle. Unter den Anhängern des Proportionalwahlsystems rief diese Erklärung lebhaftest Verurteilung hervor.

Die Küstenverteidigung. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer, in der über das Budget des Meeresverhandelt wurde, warf der Abgeordnete Pappas die Frage auf, ob die Küstenverteidigung gegen die Neutralität von, insbesondere von Deutschland zum Nachteil Englands begünstigt, was in dem Projekt der Küstenverteidigung zum Ausdruck komme. Der liberale Wagnon betonte, Holland sei keineswegs verpflichtet, die Schelde für kriegsführende Mächte, die die Neutralität Belgiens schützen wollten, zu sperren. Die Befestigung von Vlissingen würde durchaus keinen unfreundlichen Akt gegen Belgien bedeuten.

Die Wahlen zur konstituierenden Kammer werden nach einer Entscheidung des Ministerrates im März nächsten Jahres stattfinden. Das ist richtig. Inzwischen macht die Revolutionsdiktatur was sie will und nachher am Ende erst recht.

Kulturkampfart. Der Gouverneur von Macao, der unter dem Verdacht steht, die religiösen Kongregationen zu schädigen, ist durch den Richter Marques Vidal ersetzt worden. Das alte Wez, das in Frankreich Jahrzehnte lang angewendet wurde, und die politisch-christlichen Elemente aus der Staatsverwaltung zu verbannen und gegenüber der Staatsverwaltung einzuflüchtern, wird auch von den Revolutionsdiktatoren Portugals angewendet. Der bloße Verdacht genügt zur Abweisung! Die liberal-journalistische Bigenpresse verurteilt dann wieder, „das katholische portugiesische Volk“ habe sich selbst in den Kolonien der Orden entledigt. So wird's gemacht!

Spanien und Afrika. Wie aus Tanger gemeldet wird, hat die spanische Regierung 500 000 Pesetas für die Erbauung eines neuen spanischen Krankenhauses in Tanger bewilligt. Dieser neue Beweis für die eifrige Tätigkeit Spaniens in Marokko habe unter der spanischen Kolonie in Tanger lebhaftest Verteidigung hervorgerufen.

Baden.

Karlruhe, 2. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bemöhen gefunden, dem Kaufmann Emil Theodor Rothacker in Karlsruhe, Chef der Firma Bolongne und Rothacker in Neapel, die untertänigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des im verlichen Ritterkreuzes des Ordens der Italienischen Krone zu erteilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Postamt-Ratgeber „Posten“ zu ernennen und ihn sowie den Postmeister Adolf Wäckerle in Mannheim ihrem untertänigsten Ansehen entsprechend unter Anerkennung ihrer langjährigen treuesten Dienste in den Aufseher zu versetzen. Dem Postmeister Gustav Keller in Oberweiler das Postamt Wendingen in Freiburg, dem Postmeister Emil Baumann in Eppingen das Postamt Mannheim, dem Oberpostamt Adolf König in Tiengen das Postamt Oberweiler, ferner unter Ernennung zum Oberpostamt das Postamt Konstantin Schaefer in Offenburg das Postamt Eppingen und dem Postamt Dr. Rudolf Pfeiffer in Freiburg das Postamt Tiengen zu übertragen, ferner die Postassistenten Emil Kühle aus Auesheim und Franz Burger aus Karlsruhe unter Verleihung des Titels Postamtmannt zu zweien Beamten der Postverwaltung zu ernennen.

Durch Entschließung des Ministeriums des Finanzen wurden die Postamtmannt Kühle und Burger als zweite Beamte und zwar ersterer dem Postamt Weidenberg, letzterer dem Postamt Mosbach zugewiesen. Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen wurde Betriebsassistent Adolf Denzler in Schallstadt nach Freiburg versetzt.

Aus dem badischen Oberhauat.

Aus Baden, 1. Dezember. Den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters Geh. Hofrats Neumann und der Redaktion der „Bad. Landeszeitung“, die inzwischen auch in der „Karlsruher Zeitung“ abgedruckt worden sind, ist in Nr. 1352 der „Straßburger Post“ ein Artikel gefolgt, den auch die „Karlsruher Zeitung“ Nr. 331 übernommen hat. Wir geben ihn in der verkürzten Abfassung der „Karlsruher Zeitung“ wieder. Er lautet:

Die „Bad. Landeszeitung“ hat vor kurzem an leitender Stelle die von Zentrumseite gegen den Parteichef Geheimerat Neumann gerichteten Angriffe zurückgewiesen und dabei angedeutet, daß im Oberbürgermeister Herr Geheimerat Neumann auf die besten Weise die besten Interessen seien, wie sie Eingeweihten schon längst bekannt, aber auch Nichtwissenden mannigfacher Art bisher nicht veröffentlicht worden sind. Nach Lage der Verhältnisse konnte sich letztere Bemerkung nur auf ein hervorragendes Mitglied des Oberbürgermeisters beziehen, das als gläubiger Katholik bekannt ist. Aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nachdrücklich verweigert die Redaktion der „Landeszeitung“, daß ihre jede Absicht einer Verleumdung fern gelegen habe, und Geh. Hofrat Neumann erklärt mit Namensunterschrift, daß er zu seinen Kollegen im Oberbürgeramt die besten besten Beziehungen pflegt. Es ist nicht recht ersichtlich, wie ein solches Mißverständnis entstehen konnte; wer einigermaßen mit den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen im Oberbürgeramt bekannt ist, weiß, daß der betreffende Beamte, dem die Anbeutungen hingedeutet schienen, dem politischen Leben vollständig fern steht. Nichtig ist, daß er seinen persönlichen und dienstlichen Beziehungen als Mitglied des Oberbürgermeisters, das als gläubiger Katholik bekannt ist, aus einer Erklärung in der „Bad. Landeszeitung“ zu schließen, haben sich anscheinend sämtliche Mitglieder des Oberbürgermeisters mit ihrem angegriffenen Kollegen solidarisch erklärt und eine Zurücknahme der Angriffe auf ihren Namen und deren Veröffentlichung verlangt. Nach

gen Rebmanns enthielt, erledigt. Wir können eigentlich aber auch die Rebmann-Affäre selbst einseitig als durch diesen Zwischenfall erledigt ansehen.

Das „Galati“, um bei dem Jagdbilde der „Bad. Landesztg.“ zu bleiben, ist nicht mehr am Platze. Das Edelwild ist durch den Lebereifer seiner Verteidiger in einer Situation, der wir es einstweilen getrost überlassen können, nachdem wir sie uns kurz vergegenwärtigt haben.

Herr Rebmann nämlich hat sich in der durch seinen Verteidiger geschaffenen bitteren Not des Augenblicks verteidigen lassen, sich zu einer höchst charakteristischen Zweifelslehre zu bekennen. Nach seiner „Erklärung“ in der „Badischen Landeszeitung“ ist nämlich sein Tun und Lassen als politischer und Schulmann nicht von einseitigen Leberzeugungen und Gesichtspunkten geleitet. Er hat eine politische, zugleich wohl auch persönliche Seele und eine amtliche. Dem er erklärt, „bisher ernstlich bestritt“ gewesen zu sein, die politische Tätigkeit und die amtliche in der Stellung als Oberschulrat „vollständig von einander getrennt zu halten“ und die feste Absicht zu haben, dies auch ferner zu tun. Er muß also die Leberzeugungen und die Regungen seiner amtlichen Seele und die amtliche Tätigkeit, die, wohlverstand, nicht auf einem indifferenten, sondern auf geistlichem, kulturellem Gebiete liegt, erziehlisch erhalten von Leberzeugungen der persönlichen und politischen Seele in seiner Brust. Mit dem Ansehen des Bureaukraten stellt er letztere fall. Das scheint modern zu sein, freilich so modern, daß man es uns altmodischen, rückwärtigen Menschen, die da glauben, das ganze Tun und Trachten eines Mannes, zumal eines Politikers und Jugendberaters, müsse geleitet sein von einer tiefbegründeten harmonisch ausgefalteten, alles umfassenden einheitlichen Weltanschauung, zu Gute halten muß, wenn wir für diese neueste moderne Phobie der Entzweiung des „deutschen Geistes“ noch nicht zur Verjährung uns aufzukümmern vermögen. Bisher hat man eben solches in einer Weise gewertet, daß es schon einer höchst modernen „Umwertung“ bedarf, um es gerade mit der Stellung eines führenden Schulmannes vereinbar zu finden. Man kann also nach Rebmann als Mensch und Politiker die Leberzeugung haben, daß in der katholischen Kirche der letzte Sinne freigeistlichen Denkens mit aller Gewalt aus der Weltlichkeit herausgedrückt, der Geist getötet, alles Leben zum Absterben gebracht, was noch an lebensfähigen Keimen da ist, vernichtet, kurz, ein allen „deutschen Geistes“ erlösende Kulturwidrigkeit einfließt geistig werde, — und man kann zugleich mit gutem Gewissen sich auf den Standpunkt der badischen Schulgesetzgebung stellen, die den katholischen Religionsunterricht als ersten obligatorischen Unterrichtsgegenstand anerkennt, der von Rebmann verächtlich gemachten Kirche und Geistlichkeit Rechte an der Schule bezug der Erfüllung des Schulgesetzes, „die Kinder zu religiös-sittlichen Menschen zu erziehen“, zugestößt, die Kirche somit als wichtigen Kulturfördernden Faktor anerkennt. Man kann als Oberlehrer des Vertriebenen behaupten, daß man achte und gewahren lasse, was man als Mensch verachtet und als Politiker mit den härtesten Ausdrücken dem Volke öffentlich preisgibt.

Dieselbe Geistlichkeit, die man als Politiker schwer beleidigt, soll im Interesse der Zusammenarbeit auf dem Schulgebiet mit dem gleichen Mann, der das getan, in seiner Eigenschaft als Oberschulrat verstehen.

Herr Rebmann findet das alles ganz selbstverständlich. Wir sind gespannt, ob auch an anderen maßgebenden Stellen die gleiche Auffassung herrscht. Sofernfalls diese eine schwere Täuschung sein, wenn er oder irgend jemand etwa glauben sollte, in weiten deutschen Gauen wären viele überzeugungstreue deutsche Männer zu finden, die ihn ob dieser Fähigkeit bewundern, haben um solche Vielfeitigkeit beneiden.

Wir möchten auch niemanden, der nicht badischer national-liberaler Parteiführer ist, raten, sich zu solcher Zweifelslehre zu bekennen. Es möchte ihm, und zwar von Nachbarn, sehr übel bekommen, persönlich, politisch und amtlich, die liberale Presse würde — mit Recht! — nicht zögern, die Frage energisch aufzuwerfen, ob es mit „dem Charakter seiner Stellung“, „der Würde und dem Aufgebote seines Amtes“, der Ehre der von ihm geleiteten Partei vereinbar sei. Wir haben das in der „Bad. Landesztg.“ schon oft genug erlebt, so gar auf Grund von Fiktionen!

Uns kann es nunmehr gleichgültig sein, wenn Rebmann alles bleibt, was er ist. Die unabweisbaren Schlüsse daraus nach jeder Hinsicht ergeben sich von selbst. Eines „Galati“ bedarf es bei solcher Sachlage wahrlich nicht mehr, so wenig wie eines „Jäger“, und einer „Meute“.

Sozialdemokratische Ansichten über die Lage.

Der „Volkstribun“ hat vor einigen Tagen Artikel veröffentlicht über die Taktik Waders. Wir haben schon erwähnt, daß Kolb in diesen Artikeln die übrigens nur längst ausgesprochene Gedanken ihres Verfassers wiederholen, die Parole gegen die Sozialdemokratie und ihre Freunde und Verbündeten den neuesten „Tria“ Waders nennt. Den übrigen geben die Artikel darauf hinzu, daß dem, was Kolb und andere den „schwarz-blauen Mist“ nennen, eine „aktionsfähige Mehrheit“ gegenübergestellt werden müsse. Diese aktionsfähige Mehrheit sieht Kolb im Großblock, wie er in Baden besteht. Diese Gelegenheit benützt der Verfasser der Artikel wieder einmal dazu, den gewalttätigen Umsturz als ausgeschlossen zu erklären. Wir verstehen dann freilich nicht, warum die Sozialdemokratie zur Zeit so großen Wert darauf legt, ihre Anhänger in der Revolution zu unterrichten und ihnen auf trotzkistischen Pfaden mit graufigen Szenen von Königsmord und ähnlichem die Revolution mündig zu machen. Oder gehört solche Aufklärung, die so plump und roh arbeitet, zu den edlen Gemeinheitsarbeiten bei den Sozialdemokraten? Praxis und Theorie stehen bei der Sozialdemokratie meist in demselben Widerspruch. Das wird im Revisionismus nur um so offensichtlich. Kolb wiederholt dann weiter, was der „Volkstribun“ schon oft ge-

sagt hat und es immer wieder sagt, als ob es dadurch wahrer werden könnte. Waders ganze Lebensarbeit ist durch den Großblock total vernichtet worden. Das glaubt Kolb selbst nicht, denn er schreibt im Widerspruch dazu, neuerdings spreizt sich Wader in der Rolle des Staats- und Gesellschaftsretters, und das sei das Non plus ultra der „politischen Demagogie“. Eines Sozialdemokraten über Demagogie klagen hören, ist immer ein eigener Genuß. Ohne Demagogie gebe es nämlich gar keine Sozialdemokratie, die in Wahrheit die Partei der Demagogie ist. Und Kolb fühlt sich ja nach allem, was er schreibt und spricht, als der große Reformator des modernen Staats, der zugleich die ängstlichen Seelen beschwichtigt und ihnen jagt: Vertraut euch mir mit an; es wird schon alles recht werden! Gerade ihn über „Gesellschafts- und Staatsretter“ spotten zu hören, entbehrt daher nicht der Pikanterie. Er hat sich dabei aber offenbar gar nicht überlegt, daß ein Mann, der sein ganzes Lebenswerk total vernichtet sieht, wie Kolb das von Wader zu behaupten beliebt, doch dann nicht den Mut haben kann, sich als Staatsretter zu empfehlen; es müßte denn sein, daß sein Lebenswerk eben nicht vernichtet ist. Kolb widerstandslos Ausführungen über Wader sind denn auch nicht ohne Kritik hingenommen worden. Es ist der „Schwab. Merk.“ Nr. 549, der dazu schreibt, der Satz vom Demagogen Waders und seiner Selbstempfehlung als Staatsretter stimme nicht mit dem andern Satz überein, daß Wader sein ganzes Lebenswerk vernichtet sehe.

„Wer Wader an der Arbeit beobachtet, muß zu dem Schluß kommen, daß er das Ziel, das er sich gestellt hat, die Erreichung einer Rechtsprechung in der Zweiten Kammer, keineswegs aufgegeben hat. Er würde sonst nicht mit solcher Ausdauer die befehlenden Seiten des Großblocks für die Agitation zu verwerten suchen. Er ist vorzüglich geworden im Prophezeien, insofern als er sich hütet, schon für die kommenden Landtagswahlen die Erreichung seines Zieles in Aussicht zu stellen, aber wie er, schon mehr als drei Jahrzehnte in gleicher Richtung arbeitet, der kann auch warten. In den großblödsinnigen liberalen Kreisen blüht man ebenfalls dem Ideal, die „großartigsten“ heranzuzüchten und ihnen die „Freunde am Staat“ zu verschaffen. Dieses Ziel wäre auf Schiffe zu setzen, aber bis jetzt mehr man keinen günstigen Erfolg von der Freundschaft am Staat, und wenn sich die neue Städte- und Gemeindeordnung in Kraft gesetzt ist, wird man sehen, wie sehr durch diese die Macht der Sozialdemokratie in den Städten vermindert worden ist, und nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, wo ihr der Zugang zu den Verwaltungskörpern weit geöffnet worden ist. Auch darin wäre noch kein so großes Übel zu erkennen, wenn die Mitarbeit eine ausschließliche auf der Grundlage des Bescheidens wäre. Man verzieht nur zu oft, daß die Verengung der Sozialdemokratie die Folge hat, daß die bauerlichen, protestantischen und katholischen Gläubigen, dabei auch staats-erhaltenden Kreise massenhaft zurückgelassen werden. Das will vielen Wädern nicht als zweckmäßig einleuchten. Die landlichen Wädern verheben es einfach nicht, daß bürgerliche liberale Männer mit der Sozialdemokratie gehen, und eine der wirksamsten Verbindungen, die gegen die Regierung gerichtete werden, besteht darin, daß behauptet wird, die Regierung gehe auch mit. Wahr ist dies nicht, aber die Leute, die es glauben, begreifen es einfach nicht und erblinden in dem engen Anblick an den Rechtsblock das einzige Abwehrmittel der drohenden weiteren Radikalisierung des Landes. Dies ist es auch, was wir hauptsächlich an der Unmilität zwischen National-liberalen und Sozialdemokraten auszuheben haben: daß sie wider Willen die Geschäfte der Gegner bejagen.“

Die Sozialdemokratie wird sich nichts daraus machen, daß die Pläne Kolbs beim „Schwab. Merk.“ auf Widerspruch stoßen. Sie kennt das für sie in der Wehrkraft kommende liberale Publikum, das von den liberalen Führern im entscheidenden Augenblick stets wieder zur Verfügung der Sozialdemokratie gestellt wird. Wenn die liberalen Führer damit die Geschäfte des Gegners bejagen, dann trösten sie sich damit, daß sie damit wenigstens dem Zentrum einen Kerger bereiten hätten; denn der Liberalismus hat zurzeit besonders erleuchtete Führer.

Antikatholische Stimmungsmache.

treibt die „Preisg. Ztg.“ in Nr. 278, in welcher sie einen römischen Brief veröffentlicht, der lediglich eine plumpe Verwendung allerlei Klatsches darstellt, vermischt mit einer böswilligen Kritik der päpstlichen Diktate. U. a. heißt es da:

„Und wenn der Pöbel auf den Höhen des Balkans steht und sieht, ... wie diese Stadt nichts mehr weih vom Geiste der Päpste. Wenn er dann weiter daran denkt, daß gerade die römischen Völker ... ihm die Treue kündigen wie Frankreich, die älteste und vor allem geliebte Tochter der Kirche den diplomatischen Verkehr mit dem Heiligen Stuhl abgebrochen hat, und der Präsident der französischen Republik dem Kaiser des Reiches in Spanien die Geistes eines Kulturkampfes aufgesetzt sind und vorant sich der Macht der Kirche entgegen, während die kirchlichen Verleumdungen und Deutschlands, die Deutschen, sich um das Schicksal der Nation und dem Pöbel immer neue Beweise ihrer Hingabe bringen, und der Kardinal Bischof stolz in Rom verstanden darf, daß der protestantische deutsche Kaiser der beste Freund des Papstes sei und ohne den Willen des Zentrums in deutschen Ländern nichts geschieht (dummer Schwundel); wenn der Pöbel sieht, wie er von den Römern verlassen ist und von einem protestantischen Kaiser in seinen kirchlichen Bestrebungen wie in Weizen mit Feuerer unterdrückt wird, so muß ihm zum Bewußtsein kommen, daß er in einem geschichtlichen Augenblick handeln soll, der von festerer Eigenart ist und in dem Religion zur Politik und Politik zur Religion wird.“

Aber man darf doch nie vergessen, daß die Saat der großen Denker und Forscher des 19. Jahrhunderts erst im 20. in den großen Massen aufgegangen ist, und daß diese eine Modernisierung der Kirche verlangen, die die Grundlagen des Papsttums erschüttern. Könnte und dürfte der Pöbel die Kirche, die sich auf den selben Petri aufbaut, in diese Richtung führen? Die Antwort konnte nur er selbst geben, indem er eine Reform anstünde, die das gesamte kirchliche Leben mit allen geistigen und ökonomischen Interessen unter die Herrschaft der Wissenschaft stelle und diesen die Laien völlig unterwerfe. Der Priester, der Laie, der nicht nach den päpstlichen Diktaten und in enger Abereinstimmung mit seinem Bischof handelt, der nicht schwört, es zu tun, wird in den Kirchenbann getan und kann als räumig Schaffens nebenher traben. Die Regeneration der katholischen Menschheit soll bei den Wurzeln erfaßt werden, im zarten Alter soll den Kindern eingebläut werden, was der Pöbel und der Bischof für böse und gut halten, damit die Gemeinschaft mit der Kirche im Herzen des Kindes sich so unauflöslich befestigt, wie die Liebe zu den Eltern. Die deutschen Katholiken erwidern darüber, aber geordnet. Der Kardinal Bischof, der Zentrumsführer Span, Dr. Pieper, der Leiter des Volksvereins, sollen im Vatikan mit deutscher Großartigkeit auftreten sein, um die Eigenart der deutschen Verhältnisse vor dem fengenden Reformierer des Papstes zu schützen. Als ob nicht ein Stimmungszin-

des Pontifex die Aufhänger auf die Erde gebracht hätte. Man hat ihnen Zeit gelassen, sich zu bejagen...“

Es erfaßt einen wirklich der Gelb- ob solchen Stimmungsschwundels im Stil der Judianergerichten der Neulinken. In dieser verlogenen antikatholischen Atmosphäre befindet sich aber ein übergroßer Teil des deutschen Volkes, der dies liberale journalistische Spielstück schließt. Was hat die liberale Presse in den letzten Monaten nicht alles zusammengegeschwundelt über Vatikan, Bischöfe, Zentrum u. Selbst der liberalen „Münchener Allg. Zeitung“ ist es schließend zu stark geworden und sie hat einen Notruf erlassen gegen die Verbreitung dieser Lügenatmosphäre. Es ist ein Verdienst um das deutsche Volk, wenn man diesen Zeitungsgeist bekämpft.

„Nicht genügend bekannt“?

Unter dem Titel „Rebmann über die Sozialdemokratie“ hat der bekannte Karlsrüher Gewährsmann des „Schwab. Merk.“ diesem Blatte (Nr. 553) geschrieben:

„Es gehört zu den bemerkenswerten Begebenheiten, daß seit ein so weit links stehender Nationalist wie Herr Lehmann von Hornberg auf dem jüngsten Tag der ev.-soz. Vereinigung (vgl. Donnerst. N. N.) scharfe Worte gegen die sozialdemokratische Agitation gefunden hat, die nur Rechte aber niemals Pflichten predigt. Bahrgleich hat der Redner in seiner Eigenart als Seelherge Gelegenheit zu der Beobachtung, wie töte die Wirkung der ev.-soz. Begegnung, die nur „unzufriedene und verärgerte Menschen“ schafft. Ein solches Zeugnis kann ja der „Kulturpartei“ nicht ausgefällt werden als durch die Feststellung, daß man trachten müsse, ihr die Jugend aus den Händen zu nehmen. In vielen Punkten kann man auch vom national-liberalen Standpunkt dem Herr Lehmann zustimmen. Es ist auch noch nicht genügend bekannt geworden, in welcher kritischen Weise sich der national-liberale Herr Lehmann auf dem national-liberalen Parteitag vom 13. November über die Sozialdemokratie ausgesprochen hat, und es möge daher gestattet sein, den Wortlaut der beglücklichen Stelle seiner Rede nach der „Bad. Landesztg.“ nachzutragen.“

Nun kommt die fragliche Stelle aus der Rebmannschen Rede.

Daran hat der Herr dann folgende kurze Bemerkung gefügt:

„Angefaßt so sagt es der „Merk.“ auch, nur mit ein bißchen anderen Worten; da u. a. man brauchte also kein Nebenwollen zu befehlen.“

Man muß sich wundern, daß die Klasse nicht etwas anders ausgesprochen ist, wenn eine solche überhaupt angefaßt werden sollte. Eine sachgemäße Klasse wäre etwa die Frage gewesen: wie ist es möglich, daß jemand so über die Sozialdemokratie spricht, wie Rebmann über sie gesprochen hat, und daneben mit ihr gemeinsame Politik macht?

„Genügend bekannt“ muß das Rebmannsche Urteil über die Sozialdemokratie sein. Die Rede ist ja in einer ganzen Reihe national-liberaler Blätter abgedruckt worden.

Interessantes aus dem liberalen Kleinblocklager Badens.

In den „Münch. N. Nachr.“ (Nr. 557) ist zu lesen: „Zur Einigung der liberalen Parteien Badens. Die Fortschrittliche Volkspartei Badens hatte zur Vorbereitung der national-liberalen Einigungs-Vorläufe auf den gestrigen Sonntag nach Offenburg eine Versammlung der Vertrauensmänner aus dem ganzen Lande einberufen. Den etwa 250 Vertrauensmännern aus allen badischen Reichstagswahlkreisen wurden die Fragen vorgelegt, wie sie sich zu einer Verbindung mit den National-liberalen bei den Reichstagswahlen stellen, und welche Forderungen hierbei etwa von der Volkspartei an die National-liberalen gerichtet werden sollen.“

Es zeigte sich bei der Vorbereitung zunächst nicht volle Einigkeit für einen Zusammenstoß der beiden liberalen Parteien über das ganze Land hin. Schließlich aber wurde eine Resolution vorgelegt, die die Bekämpfung des Zentrums und der Konföderation als das Hauptverdienst bezeichnet und ausdrikt, daß man zu einem Abkommen mit den National-liberalen bereit sei, um eine Zerplitterung zu vermeiden, unter der Voraussetzung, daß der Fortschrittliche Volkspartei Badens die Möglichkeit einer Vertretung im Reichstag gewährleistet wird. — Die Resolution wurde gegen eine starke Widerheit angenommen.

Sollten die National-liberalen diese als Mindestforderung bezeichneten Vorläufe ablehnen, so dürften die Verhandlungen als gescheitert anzusehen sein. Im Interesse des Gesamtliberalismus nicht nur von Baden, was es dringend zu wünschen, daß sich eine Einigung erzielen ließe.“

Das ist ja sehr interessant. Natürlich werden sie sich finden. Und nicht bloß National-liberale und Vint-liberale, sondern als unentbehrliche Kerntruppe des Großblocks auch die Sozialdemokraten.

Eine Anfrage an den Herrn Abg. Neck.

Nach dem „Münch. Generalanz.“ vom 28. November S. 3 Spalte 3 behauptete der Herr Abg. Neck in Schwabingen gelegentlich einer national-liberalen Versammlung bezüglich des neuen Gemeindegesetzes folgendes: „Es sei gegen den Willen der national-liberalen Abgeordneten die allerstrengste Form der gedundenen Vorläufe scharf eingeführt worden.“

Hat das Herr Abg. Neck wirklich gesagt? Wenn er es behauptete, dann hat er gerade das Gegenteil von dem gesagt, was tatsächlich der objektiven Wahrheit entspricht. Wir erwarten eine Aueklärung des Herrn Abg. Neck zu der Nachricht des „Generalanzeigers“.

Lokales.

Karlsruhe, 2. Dezember 1910.

Der Naturheilverein veranstaltete gestern Abend im Gintzschhofsal einen Vortrag für Frauen. Frau Dr. med. Kutzler aus Basel sprach in recht interessanter, populärer Weise über das Thema: „Wie leben wir uns vor Frauenleiden?“ Die Rednerin erwähnte die Damen vor allem zu einer vernünftigen Lebensweise in Wohnung, Kleidung und Nahrung und gab treffliche Räte über Körperpflege und Kindererziehung in hygienischer Hinsicht. Manche Frauenleiden könnten vermieden werden, wenn die Frauen diese Regeln befolgten, wenn namentlich die besser situierten Damen nicht vergesse wollten, daß für sie Handarbeit und Bewegung ein Leben und Gesundheit fördernde und erhaltende Arznei ist. Auch dem Schnitren, dem bekämpften Neben, die die Ursache vieler Leiden sind, erklärte die Rednerin den Krieg. Die anwesenden Damen, deren es noch mehr hätten sein dürfen, werden aus dem Vortrag, wenn er auch manche alte Wahrheiten brachte, doch viele gute Anregungen mit nach Hause genommen haben. Solche Vorträge sind viel nützlicher und empfehlenswerter als der Vortrag der Frau Ebert, gegen den wir vor zwei Jahren Stellung nehmen mußten.

Der kathol. Männerverein der Stadt hielt am Mittwoch im Café Wanda eine Versammlung ab, in welcher Redakteur Wahl über den internationalen Kulturkampf sprach. An dem Vortrag schloß sich eine angelegte Diskussion.

Arbeiterzeitung.

Streit und Aussperrung in Forzheim.

Forzheim, 1. Dez. In der Forzheimer Goldindustrie sind etwa 28 000 Arbeiter beschäftigt, die infolge des bereits mitgeteilten Beschlusses der Arbeitgeber nunmehr beschäftigungslos werden. Das unsere Stadt einen schweren wirtschaftlichen Schaden erleidet, braucht man nicht des näheren zu begründen. Ist auch das Weihnachtsgeschäft beendet, so dürfte aber das Ostergeschäft fast völlig ruiniert sein. Gestern fanden laut „Forzh. Anz.“ verschiedene Demonstrationsversammlungen statt. Die bedeutend verstärkte Polizei hatte jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten.

Zum Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Essen, 1. Dez. Die Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier erstrecken sich auf eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 15 Prozent vom 1. Januar 1911 ab. Unter anderem wird auch eine Erhöhung der Knappschaftsleistungen verlangt, desgleichen Umwandlung der Brunnens-Arbeitsnachweise in paritätische.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Dez. Den Morgenblättern zufolge wurde der Legationsrat a. D. Graf Hermann von Arnim, Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Herrenhauses und früherer Reichstagsabgeordneter für den schlesischen Wahlkreis Rothenburg-Soyerswerda, Sekretär des Fürsten Bismarck in den Jahren 1872 bis 1874, gestern Abend von einem Straßenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Eberfeld, 1. Dez. Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft hat sich heute für Hamburg als Sitz des obersten Kolonialgerichtshofes ausgesprochen.

Wien, 1. Dez. Kaiser Franz Josef hat dem König von Dänemark, der in strengstem Inognito hier weilte, einen Besuch abgestattet. Wald nach dem Besuch des Kaisers Franz Josef erschien der König von Dänemark in der Hofburg, um für den Kaiser seine Karte abzugeben.

Brüssel, 1. Dez. Der heute Abend ausgegebene Krankenheitsbericht meldet eine Besserung im Befinden der Königin, die tagsüber ruhig geschlafen hat.

Petersburg, 1. Dez. Der Departementschef Nebatow ist zum Gehilfen des Ministers des Äußeren ernannt worden.

Madrid, 1. Dez. Der Präsident der Kammer empfing heute Nachmittag eine evangelische Abordnung, die ihm eine aus dem Kortes gerichtete Adresse überreichte, in der um die Wiederherstellung der Kultusfreiheit gebeten wird. Die Adresse trug mehr als 150 000 Unterschriften aus allen bedeutenden Städten Spaniens.

Das Ende der Fleischnot in österreichischen Abgeordnetenshallen.

Wien, 2. Dez. Am Schluß der gestrigen Weiterberatung über die Fleischnot kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und den deutsch-nationalen und agrarischen Abgeordneten, hervorgerufen durch die Behauptung des Abg. Weidenhofer, daß die sozialdemokratische Protokollkommission die Erhöhung des Protogewichtes erst dem Beispiel der Privatkontrollung gefolgt sei. Der sozialdemokratische Minoritätsantrag auf Gestattung der zeitlich und quantitativ unbeschränkten Fleischzufuhr wurde in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 122 Stimmen abgelehnt, dagegen der Kompromißantrag Stöckl auf Gestattung der Einfuhr von überseeischem Fleisch für die Dauer des Bedarfs in namentlicher Abstimmung mit 223 gegen 206 Stimmen angenommen. Der sozialdemokratische Minoritätsantrag auf Aufhebung der Fleischölle wurde abgelehnt und der Kompromißantrag Stöckl, alle zulässigen Erleichterungen für die Fleischzufuhr zu gewähren, angenommen.

Vom englischen Wahlkampf.

London, 2. Dez. Walfour erklärte gestern Abend in einer Rede in Reading, die unionistische Partei habe ihre Ansicht über die Wichtigkeit einer Tarifreform nicht geändert. Die Tarifreform sei jetzt wie stets zuvor ein Hauptpunkt der Politik der Partei. Sie müsse jedoch die förmliche, ausdrückliche Zustimmung des Volkes zu dem erhalten, was sie als förderlich für das Allgemeinwohl erkannt habe. — Aus den Wahreden des gestrigen Tages an verschiedenen Orten des Landes ist folgendes herborzuheben: Austin Chamberlain sagte, wenn die Unionisten zur Regierung gelangen, würde die Tarifreform in kürzester Frist gesetzlich durchgeführt werden. Lord Morley sprach sich dahin aus, daß das vorgeschlagene Referendum ein parlamentarischer Vorschlag sei, der das parlamentarische System, der so lange der Ruf des britischen Namens gewesen sei, zerstören würde. Virrel erklärte, das Oberhaus liege bereits im Sarge und das Volk möge es am 3. Dezember begraben. Asquith bezeichnete die Vorläufe Walfours als einzig dastehend in ihrer geradezu kolossalen Unziemlichkeit; das Land werde ein so großartiges Beispiel politischer Unaufrichtigkeit wie den Vorschlag des Referendums, der die Verantwortlichkeit der Minister und des Unterhauses vernichten würde, niemals verzeihen oder vergeben.

Kabinettskrisis in der Türkei.

Konstantinopel, 2. Dez. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit der Lage des Kabinetts. Es verlautet, daß die Minister des Ackerbaues und des Unterrichtswezens, sowie der Kaufmannsminister aufgefördert wurden, zurückzutreten, daß sie dies aber verweigerten. Das Kabinet wird am Samstag vollständig vor der Kammer erscheinen und, wenn es kein Vertrauensvotum erhält, nach einigen Tagen seine Entlassung einreichen. Saffi Pascha wird dann mit Ausschluß der drei oben genannten Minister ein neues Kabinet bilden.

Lozes-Kalender.

Freitag, den 2. Dezember 1910:

Windthorstbund, 9 Uhr Bundesabend.

Kath. Junglingsverein St. Peter und Paul (Stadtteil Mühlburg), 8 bis 10 Uhr Vereinsabend im Lokal.

Kath. Jugendverein der Dillstadt, 8 Uhr Turnabend in der Karl-Wilhelmshalle.

Marianische Männerkolonie St. Stephan, 1/2 9 Uhr Versammlung in der St. Vincentstapelle.

Männer-Kongregation der Weststadt, 9 Uhr kirchliche Versammlung.

Kath. Gezellenverein. Keine Gesangsprobe.

Vier Jahreszeiten. Zweiter Vortrag, abends 5 bis 6 Uhr Professor Dr. Wingenroth.



MONINGER BIERE

sind von erster Qualität und guter Bekömmlichkeit.

:: LAGER-BIERE, hell und dunkel ::

Beliebte SPEZIALMARKEN:

KAISERBIER, hell :: EXPORTBIER, Marke Stammquell, dunkel

Brot-Abschlag!!

Landbrot, von heute an . . . 35 Pfg.
Halbweißbrot, 1400 gr . . . 38 Pfg.
Extra weißes Rummelbrot 42 Pfg.
Brot, 2 St. 5 Pfg.

Sämtliche Weihnachtsbäckerei.

J. Rabold,
Marienstraße.

Ski- und Touren-Stiefel

prämiierte beste Formen
In fachmännische Ver-
arbeitung — wasserdicht.

Reformhaus zur Gesundheit, L. Neubert,
Karlsruhe, Kaiserstraße 40.

Karlsruher Lebensversicherung a. G.

vormalis Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

In 1909 Neuzugang: 51 Millionen Mark.
Ende 1909 Bestand: 673 Millionen Mark.
Bewährtes System steigender Dividende.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik

E. Büchle

:: 149 Kaiserstrasse 149 ::

empfehl

Bildereinrahmungen

aller Stil- und Holzarten

in reicher Auswahl bei billigster Berechnung.

An den Sonntagen vor Weihnachten von 11—7 Uhr geöffnet.



Kathol. Arbeiterverein Karlsruhe G. V.

Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Palmgarten
(Gerrenstraße).

Volksliederabend

in Verbindung mit einer Hebefeierteil, wozu wir unsere verehr. Mitglieder
mit Angehörigen freundlich einladen
Der Vorstand.



Windthorstbund Karlsruhe.

Freitag, den 2. Dezember, abends 9 Uhr:

Bundesabend

mit Berichterstattung über den Offenburger Parteitag
und Besprechung politischer Tagesfragen.

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Die Einführung
von Gesinnungsgenossen ist gestattet und erwünscht. Der Vorstand.
NB. Das Bundestokal befindet sich jetzt im 2. Stock des Café Rowack.

Wohltätigkeitsaufführung

der Schülerinnen des St. Josephshauses.

Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale daselbst

Die kleine Lautenspielerin.

Schauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Chr. von Schmid.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein. Der Vorstand.
Karten sind im Vorverkauf im St. Josephshaus zu haben.

Vogelausstellung.

Der Bund badischer Vereine für Kanarienzucht und
Vogelschutz, der z. Bt. aus 19 Vereinen Badens besteht, hält unter
Leitung des I. Karlsruher Vereins für Kanarienzucht mit Vogel-
schutz und -Pflege am 3., 4. und 5. Dezember 1910, im Hotel
„Café Rowack“ eine große Ausstellung von

Kanarien-, Sing- und Biervögeln etc.

verbunden mit einem Kanariemarkt und Prämierung, ab.

Mit der Ausstellung ist verbunden ein

reichhaltiger Glückshafen, das Los zu 20 Pfg.

Die Gewinne bestehen in Papageien, prima Kanarien-
hähnen und besonders zweckdienlichen Käfigen.

Die Ausstellung ist geöffnet: Samstag von vorm. 9 bis abends 8 Uhr,
Sonntag " " 11 " " 8 "
Montag " " 9 " " 8 "

Eintritt à Person 20 Pfg.
— Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt. —
Zum Besuch der Ausstellung ladet höflichst ein
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Dienräume des

Städt. Maschinenbauamtes und des

Städt. Elektrotechnischen Amtes

befinden sich vom 2. Dezember d. J. ab im hinteren Verwaltungs-
gebäude (Verwaltungsgebäude II) des Städt. Gaswerks I, Kaiser-
allee Nr. 11.

Karlsruhe, den 30. November 1910.
Direktion der Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Musikwerk

mit auswechselbaren Notenplatten.

Edison-Phonographen und Grammophon

und Platten, Goldgusswalzen, Schweizer Spieluhren.

Neuart mit Glocken- und Zitherbegleitung.

Fritz Müller, Musikalienhandlung,
Kaiserstr. 221. Karlsruhe. Telefon 1988.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Freitag **Schlussstage** unseres **enorm billigen Verkaufs**
Samstag **von**
Sonntag **Kleider- und Seidenstoffen**
Geschw. KNOPF

Besichtigen Sie unsere Fenster!

bis 8 Uhr abends geöffnet.
Sonntag, den 4. cr.